## S 1 U 109/14

## Sozialgerichtsbarkeit Bundesrepublik Deutschland

Land Hessen

Sozialgericht Sozialgericht Fulda Sachgebiet Unfallversicherung

Abteilung

Kategorie Gerichtsbescheid

Bemerkung Rechtskraft Deskriptoren Leitsätze Normenkette -

1. Instanz

Aktenzeichen S 1 U 109/14 Datum 09.05.2017

2. Instanz

Aktenzeichen L 3 U 95/17 Datum 09.02.2021

3. Instanz

Datum -

Die Klage wird abgewiesen.

Die Beteiligten haben einander keine Kosten zu erstatten.

**Tatbestand** 

Streitig ist, ob bei der KlĤgerin eine Berufskrankheit (BK) nach Ziffer 3101 der Anlage zur Berufskrankheitenverordnung (BKV) vorliegt.

Nach Ĥrztlicher Anzeige bei Verdacht auf eine Berufskrankheit nach Ziffer 3101 und 3102, erstellt von Frau Dr. C., FrauenĤrztin, Ä□rztin fù⁄₄r Homöopathie und Traumatherapie, leitete die Beklagte ein Berufskrankheitenfeststellungsverfahren ein. Als Diagnosen wurden Ĥrztlicherseits eine chronisch rezidivierende Tonsillitis, körperliche Erschöpfung, Wundheilungsstörungen und ein Immundefizit diagnostiziert, welche ursächlich auf die berufliche Tätigkeit als Veterinärmedizinerin zurù⁄₄ckzufù⁄₄hren sein soll.Â

Im Rahmen des Feststellungsverfahrens holte die Beklagte Stellungnahmen Ihrer zustĤndigen Technischen Aufsichtsdienste ein. Danach war die KlĤgerin

w $\tilde{A}$ ¤hrend ihrer beruflichen T $\tilde{A}$ ¤tigkeit als Amtstier $\tilde{A}$ ¤rztin im Schlachthof D-Stadt, E-Stadt und F-Stadt, im Amt f $\tilde{A}$ ¼r Veterin $\tilde{A}$ ¤rwesen und Verbraucherschutz G-Stadt sowie in der J. Landesanstalt f $\tilde{A}$ ¼r Lebensmittelsicherheit und Verbraucherschutz (J.LLV) einer Vielzahl von Zoonosen, Erregern und Krankheiten ausgesetzt. $\hat{A}$ 

Zeitlich stellte sich dies wie folgt dar:

17.3.1989 bis 15.6.1990 undÂ11.3.1991 bis 31.12.1992Schlachthof D-Stadt2.2.1993 bis 14.7.1999Schlachthof E-Stadt15.7.1999 bis 31.3.2000ÂVeterinäramt G-Stadt1.1.2003 bis 31.12.2003 undÂ15.6.2005 bis 15. 8. 2005 undÂ15.11.2005 bis 30.12.2005J.LLV H-Stadt

Von der Beklagten als auch von der Klä¤gerin wurden medizinische Unterlagen eingeholt, die seit ca. 2003-2005 wiederholte Atemwegsinfekte, andauernde kä¶rperliche Schwä¤che und Regelblutungstä¶rungen, Fieber und Husten, Sinusitis, Tonsillitis, Viruskonjunktivitis, Bronchopathie, Exantheme, Pharyngitis und Laryngitis belegen. Im Jahr 2006 wurden Gelenkschmerzen, Gelenksschwellungen, Parotitis, Gesichtsschwellungen, Allergien, Katzen- und Pferdeschnupfen sowie Schafrä¤ude diagnostiziert. Seit 2007 wurden bei der Klä¤gerin wiederholt Perikardergä⅓sse unterschiedlichen Ausmaä∏es sowie eine eingeschrä¤nkte Herzfunktion bei Verä¤nderung der Herzklappen und geringer- bis mittelgradiger Aorteninsuffizienz festgestellt. Im Weiteren wurde seit 2008 mit Unterbrechungen Doxycyclin unter der Vorstellung einer Q-Fieber-Infektion verabreicht.â

Mit Bescheid vom 25.3.2014 lehnte die Beklagte EntschĤdigungsleistungen mit der Begründung ab, dass keine Berufskrankheit nach § 9 Abs. 1 Sozialgesetzbuch â∏∏ Siebtes Buch â∏∏ (SGB VII) in Verbindung mit der Nr. 3101 der Anlage zur BKV vorliege. Die arbeitstechnischen Voraussetzungen seien nicht gegeben, da die KlĤgerin anhand der vorliegenden TĤtigkeitsbeschreibungen sowie den im Rahmen des Feststellungsverfahrens eingeholten Expositionsanalysen der jeweils zustĤndigen PrĤventionsdienste, nicht zu dem unter der genannten Berufskrankheit gefĤhrdeten Personenkreis gehĶre. Eine derartige GefĤhrdung treffe hauptsÄxchlich auf das Personal in stationÄxren oder ambulanten medizinischen Einrichtungen der Human- und Zahnmedizin, in wohlfahrtspflegerischen Einrichtungen und Laboratorien fA\(^1\)4r wissenschaftliche oder medizinische Untersuchungen und Versuche zu. Die in Laboratorien TÄxtigen mýssten dabei entweder mit Kranken unmittelbar in Berührung kommen oder mit Stoffen umgehen, die kranken Menschen zur Untersuchung entnommen werden. Derartige TÄxtigkeiten seien von der KlÄxgerin jedoch nicht verrichtet worden. Aus diesen Gründen würden keine Einwirkungen vorliegen, die zur Verursachung einer Berufskrankheit geeignet seien, und es seien auch keine Leistungen oder Ma̸nahmen erforderlich, die dem Entstehen einer Berufskrankheit entgegenwirken.

Mit Schreiben vom 10.4.2014 legte die KlĤgerin Widerspruch gegen den Bescheid

vom 25.3.2014 ein. Zur Begründung verwies die Klägerin auf das Schreiben Ihres Prozessbevollmächtigten im Widerspruchsverfahren bezÃ⅓glich der Feststellung einer Berufskrankheit nach Nummer 3102. Danach sei gerade bei der beruflichen Tätigkeit der Klägerin im Sensoriklabor des J.LLV von einem erhöhten AusmaÃ☐ der Infektionsgefährdung mit Viren, Bakterien, Pilzen und Parasiten auszugehen.

Mit Widerspruchsbescheid vom 18.9.2014 wies die Beklagte den Widerspruch der Kl $\tilde{A}$  $^{\mu}$ gerin als unbegr $\tilde{A}$  $^{\mu}$ ndet zur $\tilde{A}$  $^{\mu}$ ck. Sie f $\tilde{A}$  $^{\mu}$ hrte darin im Wesentlichen aus, dass es sich bei den T $\tilde{A}$  $^{\mu}$ tigkeiten der Kl $\tilde{A}$  $^{\mu}$ gerin als Veterin $\tilde{A}$  $^{\mu}$ rmedizinerin nicht um T $\tilde{A}$  $^{\mu}$ tigkeiten im Sinne der Berufskrankheit nach Nummer 3101 handele.

Hiergegen richtet sich die Klage, die die Klägerin am 20.10.2014 vor dem Sozialgericht Fulda erhoben hat. Â

Das Gericht hat Befundberichte der behandelnden Ã□rzte eingeholt.

Die Kläßgerin ist der Auffassung, dass sie infolge ihrer beruflichen Täßtigkeit als Veterinäßermedizinerin trotz den vorliegenden Bezä¼gen zur Tierhaltung/-verarbeitung auch den von Mensch zu Mensch ä¼bertragbaren Krankheiten ausgesetzt gewesen sei. Die Exposition sei dabei auch einer Belastung von Personen gleichzustellen, die im Gesundheitsdienst, der Wohlfahrtspflege oder in einem Laboratorium täßtig sind. Durch ihr Betäßtigungsfeld sei sie in besonderem Maäße gefäßhrdet gewesen, sich auch mit von Mensch zu Mensch ä¼bertragbaren Krankheitserregern anzustecken. Dies werde durch die Vielzahl der von der Kläßgerin ausgeä¼bten Täßtigkeiten bewiesen. Dieselbe Keimexposition und Infektionsgefäßhrdung wie an den Schlachthä¶fen an jedem Untersuchungsamt, sei natä¼rlich auch im J.LLV H-Stadt durch Anreicherung und Anzä¼chtung der Krankheitserreger aus den Proben der bakteriellen Fleischuntersuchung gegeben. Es sei darauf hinzuweisen, dass gerade im Aufgabenbereich der Sensorik von einem erhä¶hten Ausmaäß der Infektionsgefäßhrdung mit Viren, Bakterien, Pilze, Parasiten auszugehen sei.

Die KlĤgerin beantragt,

den Bescheid der Beklagten vom 25.3.2014 in der Gestalt des Widerspruchsbescheides vom 18.9.2014 aufzuheben und die Beklagte zu verurteilen, die Voraussetzungen einer Berufserkrankung nach der Nr. 3101 der Anlage zur BKV anzuerkennen und Entschämdigungsleistungen in gesetzlicher HĶhe zu gewähren.

Die Beklagte beantragt, die Klage abzuweisen.

Sie ist der Auffassung, dass es sich bei den TĤtigkeiten der KlĤgerin als VeterinĤrmedizinerin nicht um TĤtigkeiten im Sinne der Berufskrankheit Nummer 3101 der Anlage 1 zur BKV handele.

Mit Schreiben vom 28.2.2017 sind die Beteiligten dazu angehĶrt worden, dass

beabsichtigt ist, den Rechtsstreit ohne m $\tilde{A}^{1}$ 4ndliche Verhandlung durch Gerichtsbescheid in Beschlussbesetzung ohne ehrenamtliche Richter zu entscheiden. $\hat{A}$ 

Wegen der weiteren Einzelheiten des Sach- und Streitstandes wird auf den Inhalt der Gerichtsakte und den der beigezogenen Akte der Beklagten Bezug genommen.

## Entscheidungsgründe

Das Gericht konnte gemäÃ∏ <u>§ 105 Abs. 1</u> Sozialgerichtsgesetz (SGG) durch Gerichtsbescheid entscheiden, denn die Sache weist keine besonderen Schwierigkeiten tatsächlicher oder rechtlicher Art auf und der Sachverhalt ist geklärt. Die Beteiligten sind mit Schreiben vom 28.2.2017 zu einer Entscheidung durch Gerichtsbescheid angehört worden.

Die zulĤssige Klage ist unbegrļndet.

Die Klägerin hat keinen Anspruch auf die Anerkennung einer Berufskrankheit nach Nr. 3101 der Anlage zur BKV. Die Bescheide der Beklagten sind rechtmäÃ∏ig und verletzen die Klägerin nicht in ihren Rechten.Â

Ermächtigungsgrundlage fþr die Bezeichnung von BKen ist § 9 Abs. 1 Satz 1 Siebtes Buch Sozialgesetzbuch â∏ Gesetzliche Unfallversicherung â∏ SGB VII. Danach sind BKen Krankheiten, welche die Bundesregierung durch Rechtsverordnung mit Zustimmung des Bundesrates als BKen bezeichnet und die Versicherte infolge einer den Versicherungsschutz nach den §Â§ 2, 3 oder 6 SGB VII begrþndenden Tätigkeit erleiden. Die Bundesregierung ist ermächtigt, in der Rechtsverordnung solche Krankheiten als BKen zu bezeichnen, die nach den Erkenntnissen der medizinischen Wissenschaft durch besondere Einwirkungen verursacht sind, denen bestimmte Personengruppen durch ihre versicherte Tätigkeit in erheblich höherem Grade als die Ã⅓brige Bevölkerung ausgesetzt sind; sie kann BKen auf bestimmte Gefährdungsbereiche beschränken oder mit dem Zwang zur Unterlassung aller gefährdenden Tätigkeiten versehen.

GemäÃ□ diesen Vorgaben lassen sich bei einer Listen-BK im Regelfall folgende Tatbestandsmerkmale ableiten, die ggf. bei einzelnen Listen-BKen einer Modifikation bedürfen (vgl. hierzu und zum Folgenden BSG v. 2.4.2009 â□□ B 2 U 7/08 R = SozR 4-5671 Anl. 1 Nr. 3101 Nr. 3 RdNr 14 ff.; Senatsurteil v. 19.10.2011 â□□ L 2 U 1138/09): Die Verrichtung einer grundsätzlich versicherten Tätigkeit (sachlicher Zusammenhang) muss zu Einwirkungen von Belastungen, Schadstoffen oder Ã□hnlichem auf den Körper geführt haben (Einwirkungskausalität), und die Einwirkungen müssen eine Krankheit verursacht haben (haftungsbegründende Kausalität). Die Tatbestandsmerkmale â□□versicherte Tätigkeitâ□□, â□□Verrichtungâ□□, â□□Einwirkungenâ□□ und â□□Krankheitâ□□ mÃ⅓ssen im Sinne des Vollbeweises, also mit an Gewissheit grenzender Wahrscheinlichkeit, vorliegen. Fþr die nach der Theorie der wesentlichen Bedingung zu beurteilenden Ursachenzusammenhänge genþgt die hinreichende Wahrscheinlichkeit, nicht allerdings die bloÃ□e Möglichkeit (vgl. BSG v. 27.6.2006

â ☐ B 2 U 20/04 R â ☐ BSGE 96, 291 = SozR 4-2700 § 9 Nr. 7 und BSG v. 9.5.2006 â ☐ B 2 U 1/05 R â ☐ BSGE 96, 196 = SozR 4-2700 § 8 Nr. 17).

Der Verordnungsgeber hat unter Nr. 3101 der Anlage 1 zur BKV folgende BK bezeichnet: â∏Infektionskrankheiten, wenn der Versicherte im Gesundheitsdienst, in der Wohlfahrtspflege oder in einem Laboratorium tätig oder durch eine andere Tätigkeit der Infektionsgefahr in ähnlichem MaÃ∏e besonders ausgesetzt war.â∏

Unter dem Begriff â∏Gesundheitsdienstâ∏ ist der Dienst zum Schutz, zur Erhaltung, FA¶rderung oder Wiederherstellung der Gesundheit gefA¤hrdeter Menschen oder zur Pflege unheilbar Kranker oder Gebrechlicher zu verstehen (vgl. Arbeitsunfall und Berufskrankheit, Schä¶nberger/Mehrtens/Valentin, 9. Auflage, Seite 738). Unter â∏Wohlfahrtspflegeâ∏ ist die planmäÃ∏ige, im Wohle der Allgemeinheit und nicht dem Erwerbs wegen ausgeübte vorbeugende oder abhelfende unmittelbare Betreuung von gesundheitlich, sittlich oder wirtschaftlich gefĤhrdeten Personen zu verstehen (vgl. Arbeitsunfall und Berufskrankheit, Seite 739). Laboratorien sind solche für wissenschaftliche oder medizinische Untersuchung und Versuche. Dort TÃxtige müssen entweder mit Kranken unmittelbar in Berührung kommen oder mit Stoffen umgehen, die kranken Menschen zu Untersuchung entnommen wurden (vgl. Arbeitsunfall und Berufskrankheit, Seite 739). â∏∏Oder eine andere Tätigkeitâ∏∏ beinhaltet keinen Auffangtatbestand fýr jene FÃxlle, die nicht unter die genauer genannten Einrichtungen einzuordnen sind. Die GefĤhrdungstatbestĤnde stehen insofern in einem von der sozialen Schutzwürdigkeit bestimmten Zusammenhang, als nur die dem Gesundheitsdienst u.a. typischen Infektionkrankheiten erfasst werden. Der Versicherte muss in ähnlichem MaÃ∏e der Infektionsgefahr ausgesetzt sein, so dass die abstrakte GefĤhrdung in Art und Grad derjenigen in den bezeichneten Einrichtungen vergleichbar ist (vgl. Arbeitsunfall und Berufskrankheit Seite 739f.)

Anhand der vorliegenden TĤtigkeitsbeschreibung sowie den im Rahmen des Feststellungsverfahrens eingeholten Expositionsanalysen der jeweils zustĤndigen PrĤventionsdienste gehĶrt die KlĤgerin nicht zu dem unter der genannten Berufskrankheit gefĤhrdeten Personenkreis.

Die Klägerin war als Amtstierärztin im Schlachthof D-Stadt, E-Stadt und F-Stadt, im Amt fù¼r Veterinärwesen und Verbraucherschutz G-Stadt sowie in der J. Landesanstalt fù¼r Lebensmittelsicherheit und Verbraucherschutz (J.LLV) tätig und damit nicht im Bereich des Gesundheitsdienstes, der Wohlfahrtspflege oder einem Laboratorium.

Insbesondere die Tätigkeit beim J.LLV unterliegt nicht der Tätigkeit in einem Laboratorium. Dort war die Klägerin in der Abteilung 4 für Lebensmitteluntersuchung beschäftigt. Diese Abteilung ist zuständig unter anderem für die sensorische, chemische und mikrobiologische Untersuchung und Begutachtung von Lebensmitteln. Die Untersuchungen dienten dem Gesundheitsschutzes des Verbrauchers. Dabei wurden hauptsächlich Proben untersucht, die von den Veterinär- und Lebensmittelüberwachungsämtern im Rahmen der planmäÃ□igen Stichprobenerhebung aus den Handelseinrichtungen

eingesammelt werden sowie Proben, die nach Vorkommnissen oder aufgrund von Verbraucherbeschwerden eingeschickt werden. Konkret arbeitete die KlĤgerin im Dezernat Geflügelfleisch, Wildbret, Eier, Milcherzeugnisse. Diese Tätigkeit unterliegt nicht dem Begriff Laboratorien, da die dort Tätigen nicht mit Kranken unmittelbar in Berührung kommen oder mit Stoffen umgehen, die kranken Menschen zur Untersuchung entnommen wurden.

Auch die 4. Alternative â doder eine andere Tà x tigkeit â doder nicht angenommen werden, da die Klà x gerin als Veterinà x rmedizinerin nicht der dem Gesundheits dienst typischen Infektionsgefahr ausgesetzt war.

Die Kostenentscheidung beruht auf § 193 SGG.

Erstellt am: 11.01.2022

Zuletzt verändert am: 23.12.2024